



Wohnen in der Krise

Seit fast einem Jahr beschäftigt uns die Corona-Pandemie, deren soziale wie wirtschaftliche Folgen noch nicht abschätzbar sind. Wir stellen uns in dieser Ausgabe die Frage, wie sich Corona auf die Wohnsituation von Menschen auswirkt. Denn für viele hat sich diese im vergangenen Jahr zugespitzt.

Wir sind alle unter dem Label #stay-home dazu aufgerufen, wenn möglich zuhause zu bleiben. Dadurch sind «die eigenen vier Wände» wichtiger denn je. Es ist lebensnotwendig, ohne Angst wohnen zu können. Aber durch Lockdown hat häusliche Gewalt zugenommen, von

der besonders Frauen* betroffen sind.

> (weiterlesen auf S. 6)

Zuhause bleiben kann auch nur, wer eines hat. Viele Menschen, auch bei uns im Wedding, haben das leider nicht und müssen in Parks, unter Brücken oder anderen Orten draußen schlafen. Bei uns im Bezirk haben im Oktober 2020 obdachlose Menschen und ihre Unterstützer*innen versucht, die Sache selbst in die Hand zu nehmen und sind in die leerstehenden Wohnungen in der Haabersathstraße 46 eingezogen. Diese Besetzung wurde jedoch schnell durch die Polizei beendet. Die 86 bezugsfertigen Wohnungen stehen also Mitten im Corona-Winter weiterhin leer.

> (weiterlesen auf S. 3)

Eine Möglichkeit dem zu begegnen

wäre die Beschlagnahmung von leerstehenden Wohnungen durch den Bezirk

> (weiterlesen auf S. 4).

Gleichzeitig gehen große Wohnungskonzerne wie der schwedische Immobilienriese Heimstaden in Berlin auf Einkaufstour. Sie gehen als große Gewinner aus der Krise hervor und zahlen weiter fleißig Dividenden an ihre Aktionäre aus. Die Mieteinnahmen von bspw. Vonovia sind während Corona sogar um 12% gestiegen. Dem entgegen arbeitet die Kampagne «Deutsche Wohnen und Co. enteignen» an einer anderen Lösung der Krise: Sie setzen sich für die Vergesellschaftung dieser Immobilienriesen in Berlin ein, um diese wieder der Kontrolle der Bewohner*innen zu unterstellen

> (weiterlesen auf S. 12).

Den Zusammenhalt stärken S. 10

Corona verschärfte die Isolation

«In den Händen des Toreros» S. 13

Literatur

Die «Weddinger Fleischrevolte» von 1912 S. 8

Kiezgeschichte

«Wir wollen nicht nur untätig zuschauen!» S. 11

Jugend im Aufbau

Inhalt Ausgabe #7

TITEL

3 «Das sind für mich Verbrecher»

Obdachlose Menschen und ihre Unterstützer*innen haben in der Habersaathstraße den Leerstand von zahlreichen Wohnungen kurzzeitig beenden können

4 Wohnungen beschlagnahmen - Obdachlosigkeit verhindern!

Es braucht politische Forderungen zum Umgang mit Leerstand

5 Nachrichten

6 Frauen*leben auf der Straße

Erfahrungsberichte einer Frau in Obdachlosigkeit und der Berliner Obdachlosenhilfe e.V. (BOH)

7 Kiezspaziergang - Get moving!

Buchtipps

KIEZ GESCHICHTE

8 Die «Weddinger Fleischrevolte» von 1912

Im Jahr 1912 rebellierten Arbeiter*innen im Berliner Wedding gegen die Verteuerung eines Grundnahrungsmittels

THEMEN

9 Prekäre Psyche - Der lange Pandemiewinter trifft nicht alle gleich schwer

Der Lockdown zermürbt Selbsthilfestrukturen, gerade jetzt wo Exis-

tenzängste und psychische Leiden zunehmen

10 Den Zusammenhalt stärken

Die Corona-Maßnahmen verschärfen die Isolierung und Vereinzelung in der Gesellschaft

11 «Wir wollen nicht nur untätig zuschauen!»

Eine Gruppe junger Menschen aus Wedding, die auch politisch ihren Fokus auf ihre Nachbar*innenschaft legen will

12 Die Kampagne Deutsche Wohnen und Co. enteignen fordert Immobilienspekulant*innen heraus.

Wir sprachen mit Nina und Nils vom Kiezteam Wedding der Kampagne Deutsche Wohnen und Co. enteignen über den Start der nächsten Unterschriftensammlung Ende Februar.

KULTUR/SPORT

13 In den Händen des Toreros

14 Hertha-Fans retten Eckkneipen

International

15 Frauen*streik in Mexiko und hier

Bericht vom internationalistischen Abend im Kiezhaus digital

Auftakt

Die Plumpe ist aus der Einsicht entstanden, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse sich dort am deutlichsten zeigen, wo wir wohnen und leben: Steigende Mieten, Verdrängung, Alltagsrassismus, Druck und Drangsalierungen durch z.B. das Jobcenter, staatliche Überwachung und rechte Hetze gehören auch im Wedding und Gesundbrunnen zum Alltag. Um gegen diese Zustände anzugehen, um sich gemeinsam zu wehren oder sich zu unterstützen, tun sich im Kiez auch immer wieder Menschen zusammen. Wir wollen über die sozialen Kämpfe in unseren Kiezen berichten und euch Nachbar*innen darüber informieren, was nebenan passiert. Wir sind keine Mitglieder irgendwelcher Parteien, noch sitzen wir in Gremien der Bezirke oder des Berliner Senats. Trotzdem ergreifen wir Partei. Die Texte, die wir veröffentlichen sind vielfältig – genau wie unser Kiez.

Bei euch im Haus, Block oder Kiez tut sich was? Habt ihr euch mit Freund*innen, Nachbar*innen, oder Kolleg*innen zusammengetan und wollt, dass wir darüber berichten? Dann schreibt uns!

Warum Plumpe?

«Plumpe» – ein schönes Wort, wie wir finden. Umgangssprachlich wurde früher der Gesundbrunnen, aber auch das alte Hertha-Stadion so genannt. Im alten Berlin meinte es die «Wasserpumpe». Als Teil unserer Berichterstattung über Wedding und Gesundbrunnen wollen wir das Wort Plumpe wieder aufnehmen.

Kontakt

post@plumpe.online
Blog: plumpe.online

«Das sind für mich Verbrecher»

Obdachlose Menschen und ihre Unterstützer*innen haben in der Habersaathstraße den Leerstand von zahlreichen Wohnungen kurzzeitig beenden können

Plumpe Redaktion

Ende Oktober 2020 haben Obdachlose Menschen und einige Unterstützer*innen kurz vor dem erneuten Lockdown mehrere seit Jahren leerstehende Wohnungen in der Habersaathstraße 46 besetzt. Wir haben uns mit David getroffen und über die Aktion sowie Leerstand in Berlin gesprochen.

Du hast seit kurzem wieder ein Zimmer. Wie war deine Situation vor der Besetzung?

Ich war jetzt über ein halbes Jahr wohnungslos. Ich hatte eine WG mit einem guten Freund, aber als die Besitzer auf Grund von Corona zurückgekommen sind, musste ich wegen Eigenbedarf raus. Also habe ich halt monatelang bei Freunden und Freundinnen auf Sofas und Teppichen gepennt.

Wie war deine Erfahrung, das halbe Jahr wohnungslos zu sein?

Erstmal ist das sehr anstrengend. Ich habe in der Zeit eine Weiterbildung gemacht und musste praktisch jeden Tag morgens meinen Weg neu rausfinden und war abends sehr müde, weil ich öfter mal warten musste, bis ich irgendwo einen Pennplatz hatte. Ich musste auch ein paar Mal auf der Straße pennen, weil sich halt auf den letzten Drücker nichts mehr ergeben hat oder jemand abgesagt hatte. Es ist sehr schwer ein einigermaßen bezahlbares Zimmer zu finden.

Was hältst du von Leerstand?

Ich finde, künstlich Leerstand zu halten ist genauso verbrecherisch wie auf Aktien zu spekulieren. Einige Leute machen horrendes Profite, ohne irgendwas zu tun. Die sitzen einfach rum und warten darauf, dass ihre Wohnungen teurer werden und verkaufen sie dann wieder.

Warum hast du dich entschlossen an der Besetzung teilzunehmen?

Hauptsächlich, weil ich die Möglichkeit gesehen habe, einen festen Platz für mich zu finden. Und natürlich sekundär, um auf meine Situation und die Situati-



Protest vor dem besetzten Haus in der Habersaathstraße. Foto: Umbruch Bildarchiv

on von anderen Menschen aufmerksam zu machen.

Wie hast du die Aktion selbst erlebt?

Plötzlich waren alle eine Gemeinschaft - egal ob man sich vorher kannte oder nicht. Alles wurde zusammen beschlossen, alles wurde gemeinsam gemacht. Ich habe mich da sehr wohl gefühlt, und auch sicher - für einen kurzen Zeitraum.

Was hältst du vom Umgang der Politik am Tag selbst?

Das klang am Anfang relativ positiv, obwohl wir da von massenhaft Polizei belagert wurden. Ich habe nur das Hin und Her mitbekommen, dass es erstmal hieß, wir haben 24 Stunden und kurze Zeit später wurde das Angebot schon wieder zurückgezogen. Ich glaube, wir waren da mehr so ein Spielball. Man sollte nicht darauf vertrauen, wenn irgendwelche Menschen in höheren Positionen sagen 'Macht euch keine Sorgen, wir verhandeln das gerade'. Das hat auf jeden Fall nichts zu bedeuten.

Wie hast du das Verhalten der Polizei bei der Räumung erlebt?

Ich habe mir am Anfang mehr Sorgen gemacht wegen der Räumung. Ich hätte gedacht, dass die brutaler vorgehen - es war überraschend gediegen. Allerdings folgte danach die reine Schikane: Wir haben drei oder vier Stunden vor dem Haus in der Kälte gestanden, durften nichts trinken und teilweise nicht sitzen; haben zugesehen, wie andere Leute schon weggefahren wurden. Dann wurden wir zu viert an den Arsch von Berlin gefahren und da in Zeitlupe erkennungsdienstlich behandelt. Ich wurde als erster an dem Revier rausgesetzt, genau so, dass halt keine Bahnen oder Busse mehr gefahren sind.

Was hältst du vom Umgang des Senats bzw. des Bezirks mit der Situation?

Man fühlt sich nicht ernst genommen. Soweit ich das mitbekommen habe, hat ja auch die BVV beschlossen, dass die Wohnungen beschlagnahmt werden sollen. Woraufhin nicht mal eine Woche

später beschlossen wurde, dass das Haus jetzt doch abgerissen wird. Also das ist alles inhaltloses Geplapper.

Was bräuchte es, damit alle Menschen in Berlin eine Wohnung haben?

Ich weiß nicht, ob es dann für alle funktioniert, aber man sollte mehr Geld in die Obdachlosenhilfe stecken und vielleicht so eine Leerstandsobergrenze durchsetzen, damit gewisse Immobilienbesitzer nicht 90 Prozent ihres Hauses über Jahre hinweg leer stehen lassen können. Sondern dass sie verpflichtet sind, sondern so viel Prozent der Obdachlosenhilfe zur Verfügung zu stellen.

Was wünschst du dir fürs neue Jahr?

Ich wünsche mir, dass Leuten wie uns da aus der Besetzung mehr zugehört wird. Es gibt halt das klassische Bild des Obdachlosen, der irgendwo in der Ecke liegt, aber ich habe teilweise hart arbeitende Menschen kennengelernt,

hypersozial und -intelligent, die nicht durch eigenes Verschulden auf der Straße sitzen bzw. wohnungslos sind. Dass solche Menschen mal mehr eine Stimme bekommen, würde ich mir wünschen. ☆

*In den Häusern der Habersaathstr 40-48 stehen seit Jahren 86 Wohnungen leer. Die meisten sind komplett bezugsfertig und sogar möbliert. Die Eigentümerin Arcadia Estates, plant einen Abriss der Häuser, um einen Luxusneubau zu schaffen. Damit die verbliebenen Mieter*innen ausziehen, werden sie schikaniert. Am 29. Oktober 2020 haben einige obdach- und wohnungslose Menschen und Unterstützer*innen die Sache selbst in die Hand genommen und den Leerstand beendet. Die Besetzung wurde noch am selben Abend von der Polizei geräumt.*

Wohnungen beschlagnahmen - Obdachlosigkeit verhindern!

Es braucht politische Forderungen zum Umgang mit Leerstand

Mietenkampfkommission

Hände weg vom Wedding

Auch im Wedding mangelt es seit Jahren an Wohnungen und die Mietpreise steigen. Das liegt unter anderem daran, dass die Versorgung mit Wohnraum in Deutschland «dem Markt» überlassen wird: Weil ein knappes Angebot die Preise in die Höhe treibt, haben Vermieter*innen kein Interesse an Neubau, sondern suchen lieber nach anderen Wegen, um ihre Profite zu maximieren (z.B. durch Aufwertung und Luxussanierungen). Für höhere Mieteinnahmen setzen sie im Zweifel auch

Menschen auf die Straße. So steigt die Zahl der Obdachlosen und Verdrängten in Berlin stetig an.

Diese Praxis der Entmietung steht jedoch dem allgemeinen Menschenrecht auf Wohnen entgegen. Wenn in Berlin immer mehr Menschen obdachlos werden und die Vermieter*innen gleichzeitig Gewinne einfahren, wird deutlich, dass die aktuelle Politik dieses Menschenrecht nicht gewähren kann. Es braucht also neue Wege, um Obdachlosigkeit zu verhindern.

Auf Druck von Aktivist*innen fasste die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Berlin-Mitte im November 2019 den Beschluss, die Beschlagnahme einer Wohnung zu prüfen, weil der Bewohner nach einer Zwangsräumung von Obdachlosigkeit bedroht war. Rechtlich ist das durchaus möglich: Im Februar 2019 hat ein Gutachten des wissenschaftlichen Parlamentsdienstes des Abgeordnetenhauses von Berlin diese Möglichkeit erwähnt: «Die Ordnungsbehörden sind daher

befugt, durch eine ordnungsrechtliche Beschlagnahme von Wohnraum auf der Grundlage von §17 Abs.1 ASOG [...] eine unmittelbar drohende Obdachlosigkeit zu verhindern.»

Aber hier liegt das Problem: Bezirkspolitiker*innen wie Baustadtrat Gothe (SPD) scheinen der Auffassung zu sein, dass Mehrbettzimmer in Notunterkünften eine angemessene Alternative zu einer eigenen Wohnung sind. Weil die Bezirke immer in der Lage seien, obdachlose Menschen irgendwie unterzubringen, würden Beschlagnahmungen ausscheiden.

Die Unterbringung in Notunterkünften hat allerdings meist wenig damit zu tun, was internationale Menschenrechtsorganisationen unter «angemessenem Wohnraum» verstehen. Aufgrund der Wohnungsknappheit müssen die Betroffenen jedoch jahrelang dort leben und zusätzlich verursachen vor allem private Wohnheime enorme Kosten, denn der Staat zahlt oft über 1000€ im Monat für ein Bett, für eine Person.

Und so wurde aus der geprüften Beschlagnahme im November 2019 am Ende nichts: Der Bezirk blieb untätig und der Mieter wurde unter Protesten solidarischer Nachbar*innen von der Polizei geräumt. Er lebt nun seit mehr als einem Jahr in einer Notunterkunft.

Für uns ist klar: Eine Notunterkunft ist keine Wohnung. Die Bezirke müssen endlich alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um Obdachlosigkeit wirksam zu verhindern statt weiterhin das Recht auf Profite über das Menschenrecht auf Wohnraum stellen. Dazu müssen dringend Wege zur Verhinderung von Räumungen gefunden werden, im Zweifel auch durch Beschlagnahmungen. Wir fordern eine Politik, die sich für alle Menschen einsetzt und endlich wirksam daran arbeitet, Wohnungslosigkeit zu überwinden, und zwar jetzt sofort! ☆



Nachrichten

Sammelstart Deutsche Wohnen Enteigen!

Die Initiative «Deutsche Wohnen und Co enteigen» fängt am 26.2. an, Unterschriften für ihr Volksbegehren zu sammeln. In dieser zweiten Phase braucht es ca. 170.000 gültige Unterschriften. Untersützen unter dwenteigenen.de

Umbenennung Nettelbeckplatz

Verschiedene Verbände und Initiativen gegen Gewalt gegen Frauen* haben am 22.01. offiziell eine Kampagne zur Umbenennung des Nettelbeckplatzes in Widerstandsplatz begonnen. Bereits im Dezember wurde dort mit einer Kundgebung dem Mord an einer Frau durch ihren Partner in der Prinzenallee gedacht.

Karstadt Zukunft weiter ungewiss

Die Zukunft des Hauses am Leopoldplatz ist weiter ungewiss und Bezirksbürgermeister von Dassel setzt nun auf eine Aufwertung des Umfelds. Zeitgleich streicht der Konzern fast eine halbe Milliarde Euro Staatshilfen ein und Konzernchef Benko kauft sich erstmal eine neue Villa.

Kommunen-Pleite

Infolge der Pandemiebedingten Zusatzbelastung droht in vielen Kommunen in Deutschland ein sozialer Kahlschlag. Fast jede zweite Kommune hat laut einer Studie das vergangene Jahr mit einem Defizit abgeschlossen.

Gedenken der Opfer von Hanau

Am 19.2.2020 wurden in Hanau 9 Menschen durch einen rassistischen Terroranschlag getötet. Die Migrantin Weddige organisierte daher ein Jahr danach eine Kundgebung auf dem Leopoldplatz um der Opfer zu gedenken und mit der klaren Botschaft: Rassismus tötet.

Frauen*leben auf der Straße

Erfahrungsbericht einer Frau in Obdachlosigkeit und der Berliner Obdachlosenhilfe e.V. (BOH)

Hände weg vom Wedding
und Frauen*kommune Wedding

Es gibt Zeiten, in denen man am Leben ist, aber eigentlich lebst du nicht.» Roksana (31) steht mit ihrer kleinen Tochter auf dem Arm vor ihrer derzeitigen Unterkunft, einem maroden Hotel im Schatten des prächtigen KaDeWes. Sie ist müde. Müde, weil sie es leid ist, immer noch kein Zuhause für sich und ihre Familie gefunden zu haben. Müde, weil sie von diesem System im Stich gelassen wird.

Schutzlos

Sieben Monate lebte Roksana in Obdachlosigkeit. Anfangs konnte sie noch einzelne Nächte bei Bekannten unterkommen, dort ihre Kleidung waschen, doch irgendwann kehrten sie sich von ihr ab. Damit begann für Roksana eine beängstigende Zeit auf der Straße: heimliches Schlafen in Kellern von Wohn- und Krankenhäusern, Schlaflosigkeit durch ständige Angst und schwere Depressionen. Obwohl zwischen Wohnungslosen Solidarität besteht, sah sich Roksana stets von Gewalt, vor allem durch Männer, bedroht.

Roksanas Erfahrung deckt sich mit jener der BOH und zeigt, dass dieses

Thema eine gendersensible Perspektive braucht. So kritisiert die BOH, dass wohnungslose Frauen* auf offener Straße mehr sexistischen und rassistischen Angriffen ausgesetzt sind. Körperliche Verletzungen und psychische Belastungen sind die Folge. Vor allem bei Hygiene und Gesundheitsversorgung werden die unbedingten Bedürfnisse von Frauen* offensichtlich. Roksana konnte tage- bis wochenlang nicht duschen und ekelte sich stark: «Ich habe mich wie nichts gefühlt und niemanden hat es interessiert.» Ohne gesicherten Zugang zu Sanitäranlagen und kostenlosen Hygieneartikeln zu leben, kann die Gesundheit von Frauen* ernsthaft gefährden.

Roksanas Geschichte ist kein Einzelfall in einem System, in dem Wohnraum eine Ware ist. Immer mehr Menschen mit keinem oder geringem Einkommen verlieren durch steigende Mieten oder Zwangsräumungen ihr Zuhause. Frauen* sind hiervon durch prekäre Arbeitsverhältnisse und (Alters-)Armut besonders betroffen. Die ökonomische Abhängigkeit von Männern zwingt Frauen* oft, in schädlichen Beziehungen und Wohnsituationen auszuhalten.

Sie nehmen Gewalt in Kauf oder bieten Sexarbeit an, um den eigenen Wohnraum nicht zu verlieren.

Es braucht mehr als Symptombehandlung

Bestehende Hilfsysteme wie die Essensversorgung der BOH leisten wichtige, grundlegende Unterstützung. Diese muss jedoch geschlechtergerecht ausgebaut werden. Die kürzlich gegründete Frauen*gruppe der BOH fordert deshalb kostenlose gynäkologische Arzttermine, Hygiene-Artikel, Waschräume und sexuelle Gesundheitsversorgung mit mehrsprachigem Angebot. Zudem werden mehr Schutzräume für Frauen* und Schlafplätze in kindgerechten Unterkünften benötigt. So soll den Frauen* ein Minimum an Selbstbestimmung ermöglicht werden.

Ein Ausbau der Hilfen ändert jedoch nichts am zugrundeliegenden Problem. Roksana ist seit Jahren auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum. Hohe Ansprüche hat sie keine: «Es soll ruhig sein, ich will mich sicher fühlen, keine Kontrollen von außen, keine fremden Menschen.» Wohnraum für alle!, Leerstand zu Wohnraum! und Die Reichen sollen zahlen! sind deshalb keine leeren Phrasen, sondern unabdingbare Forderungen für eine solidarische Gesellschaft, in der die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigt werden können. ☆

«Es soll ruhig sein, ich will mich sicher fühlen, keine Kontrollen von außen, keine fremden Menschen.»

Berliner Obdachlosenhilfe e.V.

Lynarstraße 38, 13353

Festnetz: 030 51304896

(Mi. und Sa. von 13 – 17:30 Uhr)

Mobil: 0176 61102021

(Mo. – Fr. von 11 – 18 Uhr)

www.berliner-obdachlosenhilfe.de

Kiezspaziergang – Get moving!

Jamil und Raguel

Kennst du das? Du gehst in den Laden bei dir an der Ecke und du hast eine Begegnung. Nicht nur das übliche: Abend - alles? - Jo - 2,50€ macht das - Tschüss. Sondern du kommst in den Laden und wirst erkannt? Und beim Verlassen des Ladens hast du mehr bekommen als nur irgendein Produkt, nämlich das Gefühl, dass du ein Teil bist von der Gegend, in der du lebst.

Die Gegend, in der wir leben ist der Wedding. Von Osloer Straße über Gesundbrunnen, Nettelbeckplatz bis hin zum Afrikanischen Viertel. Wir haben uns zusammengeschlossen, weil wir es nicht einsehen, dass Menschen nebeneinander leben ohne sich zu begegnen. Wir?

Das sind Menschen aus dem Kiez, die sich für eine solidarische Nachbarschaft einsetzen wollen.

Vor Kurzem haben wir unseren ersten Kiezspaziergang gemacht. Aufgeteilt in kleinen Gruppen, gingen wir in verschiedene Läden und knüpften erste Kontakte mit den Leuten, die unseren Kiez versorgen. Bei diesem ersten Kiezspaziergang ging es uns neben dem Kennenlernen auch darum, auf die Gedenkveranstaltung ein Jahr nach dem terroristischen Anschlag in Hanau aufmerksam zu machen.

Mit unseren Flyern und Plakaten suchten wir vor allem migrantische Läden auf, da diese Läden besonders betroffen sind von struktureller und individueller Gewalt. Ein gelun-

gener erster Schritt! Gespräche wurden angefangen, die nun fortgeführt werden können. Nur durch regelmäßigen Kontakt können wir eine Basis für gegenseitige Unterstützung im Kiez schaffen. Und das Stärken der Solidarität im Kiez ist bitter notwendig, um dem ganzen Sch*** entgegenzuwirken, den wir täglich sehen und erleben:

Wohnungslosigkeit. Zwangsräumungen. Razzien in Shishabars. Rassistische und sexistische Konfrontationen. Femizide. Und jede Menge (rassistische) Polizeikontrollen...

Unsere Strategie dagegen: Sich im Kiez kennenlernen. Miteinander sprechen. Sich gegenseitig unterstützen. Stehen bleiben, wenn der Cop wieder Kontrolle macht. Uns gegenseitig in übergriffigen Situationen nicht alleine lassen. Und nicht zulassen, dass Menschen einfach aus der Gegend verschwinden.

Eine starke Solidarität unter den Wohnenden und Arbeitenden im Kiez, nützt allen im Kiez. ☆

BUCHTIPP

«Gott war der Erste, der wusste, dass wir Menschen waren. So kam Gott auf die Welt. Und mit euch kam er in den Wedding.»

Ein uraltes Weddinger Mietshaus, das sich an alles erinnert. An die Menschen, die es in mehr als 100 Jahren seit der Erbauung beherbergt hat. An die Schicksale, Tragödien und Gefühle der Bewohnenden, die Nachkriegszeit, an den schleichenden Ausverkauf des Kiezes. Die Autorin Regina Scheer schafft es, die Geschichten und Perspektiven mehrerer Generationen von Unterdrückten, Unerwünschten und Heimatlosen eindrücklich und kunstvoll miteinander zu verweben und ihnen eine Stimme zu geben.

Es sind Geschichten von sozialer Ausgrenzung, Verfolgung und gelebter Solidarität, welche immer wieder im ge-

heimnisvollen Wedding zusammenfinden und sich zu wiederholen scheinen.

Leo, der sich während der Nazi-herrschaft versteckt im Berliner Untergrund durchgeschlagen hat, anschließend Deutschland den Rücken kehrte und nach Israel ging. Der nun, als alter Mann, in seine Geburtsstadt zurückkehrt und von seiner Vergangenheit eingeholt wird. Leila, die als deutsche Sintiza den Spuren ihrer Familie von Berlin nach Polen nachgeht, um schlussendlich wieder in Berlin zu landen. Die inzwischen alt gewordene Gertrud, die ihr ganzes Leben in diesem Haus verbracht hat und ein Geheimnis hütet.

Auch wer sich schon viel mit der Historie des Wedding beschäftigt hat, wird einiges Neues erfahren. «Gott wohnt im Wedding» zieht die Lesenden in seinen Bann und lässt sie nicht mehr los.

**Regina Scheer: «Gott wohnt im Wedding»
ISBN: 978-3-328-60016-9**

Die «Weddinger Fleischrevolte» von 1912

Im Jahr 1912 rebellierten Arbeiter*innen im Berliner Wedding gegen die Verteuerung eines Grundnahrungsmittels

Hände weg vom Wedding

Kieze wie Neukölln, Kreuzberg und auch Wedding waren historisch wichtige Orte der Berliner Arbeiter*innenbewegung. Dort kamen die Widersprüche der kapitalistischen Industrialisierung und Ausbeutung wie unter einem Brennglas zusammen: mieseste Arbeitsbedingungen, Massenarmut, patriarchale Unterdrückung und Wohnungsnot.

Im Fall der Weddinger Fleischrevolte, die sich vor 110 Jahren ereignete, waren es die steigenden Lebensmittelpreise, die die Arbeiter*innen zur Revolte zwangen. Mitte des Jahres 1912 erkannte der Staat das Risiko, das sich durch das Hungern der Bevölkerung der Klassenkonflikt zuspitzen könnte und versuchte, die mangelhafte Nahrungsversorgung und hohen Lebensmittelpreise durch Ankäufe von Fleisch aus dem Ausland abzumildern. Denn eine soziale Revolte, die durch hungernde Arbeiter*innen ausgelöst werden konnte, wäre für Staat und Kapital gefährlich geworden.

Der staatliche Ankauf von Fleisch aus Russland und die Subventionierung des Verkaufspreises riefen einen Boykott der Berliner Fleischer und Händler hervor. Sie weigerten sich, «russisches Fleisch» zum vom Staat ausgerufenen Selbstkostenpreis auszugeben. Neben nationalistischen Motiven waren es wohl vor allem die zu erwartenden, sinkenden Profite, die die Fleischer in den Berliner Markthallen zum Boykott trieben. Den hungrigen Arbeiter*innen hingegen drohte die Fleischversorgung abhanden zu kommen. Angesichts der schlechten Lebens- und Wohnbedingungen der Arbeiter*innen war dieser Boykott der Tropfen, der das bereits randvolle Fass zum Überlaufen brachte. Im Oktober 1912 wurde insbesondere der Wedding zum Schauplatz des Aufbegehrens der Arbeiter*innen gegen die alltägliche Ausbeutung.

Insbesondere Frauen* nahmen an der Revolte teil. Der immensen Dop-



Karte zum «Sturm auf die Markthalle», Georg Stringl

pelbelastung durch produktive und reproduktive Arbeit ausgesetzt, wurden Frauen* besonders von den steigenden Lebensmittelpreisen und dem Boykott getroffen. Neben den schwierigen Lebensbedingungen litten Frauen* damals unter einer weitgehenden Rechtslosigkeit in der Gesellschaft, die sich auch in starkem Maße in häuslicher Gewalt, sexueller Entrechtung sowie in der Verhinderung von Bildung für Mädchen* und Frauen* ausdrückte. Wie heute – und sogar noch stärker – wurde die Lohnarbeit von Frauen* weitaus geringer bezahlt, und somit waren sie besonders ärmlichen Bedingungen ausgesetzt.

Wir veröffentlichen an dieser Stelle Ausschnitte des Verlaufs der Fleischrevolte vom ersten Tag.

Mittwoch, den 23. Oktober 1912: 1. Tag

Als die Türen der Markthalle in der Reinickendorfer Straße geöffnet wurden, verweigerten die Schlächter, unter Hinweis auf seine angebliche Minderwertigkeit, den Verkauf des russischen Fleisches. Die Frauen rückten ihnen daraufhin «zu Leibe»: Sie riefen «Ihr Hunde wollt nichts verkaufen! Wir wollen

nicht mehr hungern! Diebe, Blutsauger», «drangen in die Verkaufsstände, drängten die Fleischer und ihre Gehilfen unter Schlägen und Stößen aus den Läden auf den Gang hinaus und bemächtigten sich aller Fleisch- und Wurstwaren, die sie nur irgend erreichen konnten.» «Als einige Schlächter ihre Läden schließen wollten, stürmte ein Haufen Frauen zu den Gemüsehändlern, raffte dort zusammen, was es an Obst, Rüben und Kohlköpfen vorfand und begann ein wütendes Bombardement auf die Schlächter, die ihr Hab und Gut zu retten suchten.»¹ Schließlich gelang es der mittlerweile erschienenen Polizei, die Halle zu räumen: «Die Beamten wurden von den Frauen tätlich angegriffen, ins Gesicht geschlagen, mit Würsten, Fleischstücken und anderen Lebensmitteln bombardiert. Anschließend richteten die Frauen ihre Aktionen gegen drei Fleischerläden in den umliegenden Straßen.»² ☆

¹ Vossische Zeitung v. 23.10.1912, Nr. 542.

² Vorwärts v. 24.10.1912, Nr. 249, 2. Beil.

Den gesamten Artikel findet ihr unter: <https://www.unverwertbar.org/aktuell/2020/5533/>

Prekäre Psyche – Der lange Pandemiewinter trifft nicht alle gleich schwer

Der Lockdown zermürbt Selbsthilfestrukturen, gerade jetzt wo Existenzängste und psychische Leiden zunehmen

Frauen*kommune Wedding

Die Verlängerung des Lockdowns fällt mitten in die dunkelste Jahreszeit. Neben den täglich übertragenen Fallzahlen warnen seit Monaten Berichte vor einem Anstieg depressiver Symptome und Angststörungen.

Wedding, als ein überdurchschnittlich junger, migrantischer und bevölkerungsreicher Stadtteil, hat ebenfalls hohe Zahlen, was Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, Kinder- und Altersarmut betrifft. Die Folgen der Pandemie und der verlängerten Maßnahmen treffen also eine Bevölkerung, die auch ohne Lockdown, Kurzarbeit und Kündigungswellen schon unter Druck steht.

Selma* ist Psychiatrie-Erfahrene und lebt im Wedding: «Ich habe Familie hier. Herzogin bin ich aber, weil ich als Hartz-IV-Empfängerin sonst keine Wohnung bezahlen konnte, die nicht am Stadtrand liegt.» Nach einem Aufenthalt in der Jugendpsychiatrie musste sie die Schule verlassen und ist seitdem arbeitslos. «Es ist nicht nur das Stigma, weil ich Depressionen habe und in der Psychiatrie war. Man fällt völlig aus der Bahn, Kontakte zu Mitschüler*innen brechen ab. Je älter man wird, desto isolierter fühlt man sich, wenn man keinen

Ausbildungsplatz und keine Arbeit hat.» Auch sei sie von Therapeut*innen und Beamt*innen diskriminiert worden: «Ein leitender Arzt auf der Station meinte, eine Typveränderung könnte bei meiner Depression helfen. Leider gibt es immer wieder solche sexistischen, homophoben oder rassistischen Kommentare.» In der Pandemie hätte sie zum Teil tagelang anhaltende Suizidgedanken, sagt Selma. «Ich werde von einer Sozialarbeiterin betreut, aber was mir wirklich Halt gibt, ist es, mich hier in der Nachbarschaft politisch zu engagieren. Eine Weile habe ich, zum Beispiel, einen Geflüchteten zur Ausländerbehörde begleitet.»

«Der Lockdown ist ein ganz schwerer Schlag für die Selbsthilfe», sagt Felix von Kirchbach. Er ist im Vorstand des Bundesverband Psychiatrie-Erfahrene (BPE) und führt telefonische Beratungen durch, auch bei Suizidgedanken. Etwa 200 Selbsthilfegruppen gehören zum BPE, deren Arbeit momentan erheblich eingeschränkt wird. Fördergelder der Krankenkassen werden vor dem Hintergrund eines überlasteten Gesundheitssystems zusammengestrichen. Digitale Angebote können die über Jahrzehnte aufgebauten Strukturen nicht ersetzen: «Die Zahl der Menschen, die Psychiatrie-erfahren sind und keinen Internetzugang haben, ist erstaunlich hoch.» Bar-

rieren könnten durch Behandlungen, Zugehörigkeit zu einer sozialen Klasse, aber auch durch gesellschaftliche Stigmatisierung entstehen: «Ein erstaunlich hoher Teil Psychiatrie-Erfahrene kommt aus dem Prekariat», meint Felix.

Existenzängste und Vereinzelung sind nicht erst seit letztem Jahr Probleme, die immer mehr Menschen betreffen und zu psychischen Leiden führen können. Vielmehr zeichnen sich Tendenzen ab, die nicht zuletzt mit zunehmend prekären Lebensbedingungen, einer Deregulierung von Arbeitsschutz, sowie dem Verschwinden nicht-kommerzieller Begegnungsorte im Stadtbild zu erklären sind. In einer Gesellschaft, in der ein angemessener Lohn und Achtstundentag für viele in weite Ferne gerückt sind, leidet auch unsere Psyche. Das Netzwerk «Care Revolution»¹, ein Zusammenschluss von Menschen, die in der Sozialarbeit und anderen Bereichen der Sorgearbeit tätig sind, fordert deshalb seit Jahren eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung, sowie bessere Arbeitsbedingungen in Pflege und Erziehung.

Psychische Leiden werden zu selten als gesellschaftliches Problem begriffen, das politisches Handeln erfordert. Dabei gibt es mehr als genug Ansätze, um kapitalismuskritische, feministische und antirassistische² Forderungen in die Diskussion um psychische Gesundheit einzubringen. ☆

¹ <https://care-revolution.org/veroeffentlichungen/>

² Fälle wie die von Mohamed I. in Bremen, Amin Alizada (Flüchtlingsunterkunft Stade-Bützfleth) oder William Tonou-Mbobda in Hamburg zeigen, dass migrantische und geflüchtete Menschen mit psychischen Leiden in Deutschland Opfer tödlicher Polizeigewalt oder institutioneller Gewalt in der Psychiatrie werden
www.bpe-online.de



Protest an der Pankstraße für Gesundheitschutz und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege, Foto: HwvW

Den Zusammenhalt stärken

Die Corona-Maßnahmen verschärfen die Isolierung und Vereinzelung in der Gesellschaft

Von: Kiezkommune Wedding

Obwohl die Corona-Krise uns alle hart trifft, werden die meisten Probleme nicht durch sie erzeugt, sondern nur drastisch verschärft. Prekäre Arbeitsverhältnisse, patriarchale Gewalt gegen Frauen*, Vereinzelung, Burnout, Depression, geringe 'Aufstiegschancen' für Kinder von Nicht-Akademiker*innen. All das kennen wir schon. Es ist seit vielen Jahren die bittere Realität, mit der der Großteil von uns in der einen oder anderen Form konfrontiert ist.

Allein gegen alle Widrigkeiten

Wie alle aufgeführten Probleme ist Vereinzelung, gerade in urbanen Zentren wie Berlin, nichts Neues. Wer kann von sich sagen, alle Nachbar*innen des Hauses zu kennen und auf deren Unterstützung zählen zu können, falls es mal Stress mit der Hausverwaltung gibt oder man sich aus der Wohnung ausgeschlossen hat? Während in solchen Fällen oftmals Freund*innen oder Familie aus helfen, wird ein wichtiges unmittelbares Umfeld vernachlässigt.

Ähnlich sieht es bei vielen am Arbeitsplatz aus: ein stressiger Joballtag, Hierarchien, Einzelkämpfer*innenmentalität. Platz zum gegenseitigen Unterstützen bleibt selten. Wir haben dieselben Gegner*innen, wehren uns aber oftmals allein.

Diese Individualisierung von Problemen macht uns verletzlicher und schwächer. Würden bei einer Kündigung alle verbleibenden Mitarbeiter*innen oder Mieter*innen direkt in einen (Miet-)Streik treten, wäre sie nicht durchsetzbar.

Zusammen sind wir stärker

Wir werden uns wieder stärker in unserem unmittelbaren Umfeld austauschen müssen. Viele erfolgreiche (und erfolglose) Kämpfe der vergangenen Jahre waren deshalb so stark, weil es gelang die Nachbar*innen oder die Hausgemeinschaft zu vereinen. Beispielhaft



Bei heißem Tee lässt sich auch im Pandemie-Winter ein Gespräch im Park führen
Foto: Kiezkommune

seien hier die Amma65, Dubliner8 und Koloniestraße 2-10 erwähnt.

Auch wir als Kiezkommune Wedding sehen unsere Verantwortung, für einen stärkeren Zusammenhalt zu kämpfen. Vor der Gründung der Kiezkommunen haben wir bereits einige Ansätze in dieser Richtung verfolgt. Mit dem 'Bündnis für bedingungsloses Bleiberecht' und der Kampagne zum 'Social Center 4 All', sollten antirassistische Kämpfe mit der Berliner Linken vereinigt werden. Einerseits um die faktische Abschaffung des Asylrechts in Deutschland zu verhindern. Andererseits um mit der Erkämpfung eines Sozialen Zentrums, eine Antwort gegen Rassismus (und auf die mörderische europäische Abschottungspolitik) zu geben. In dem Zentrum sollten Schlafplätze für Geflüchtete sowie Räume für Initiativen, zum Austausch und Zusammenkommen, geschaffen werden.

Als Weiterentwicklung dieser Ansätze entstand das Konzept Kiezkommune. Unser Ziel ist es, Räume zu schaffen,

die allen Menschen offen stehen, um ihre Ideen, ihre Probleme und Wünsche zu äußern. Damit wollen wir Vertrauen und Zusammengehörigkeit stärken, sowie unsere Überzeugung, dass eine andere Welt möglich ist. Alle Widrigkeiten sind überwindbar, wenn wir sie gemeinsam angehen und füreinander einstehen.

Dass es Bedarf gibt, konnten wir bei Haustürgesprächen und Befragungen im Kiez feststellen. So haben wir im Herbst mit Maske und genügend Abstand angefangen, die Haushalte um unseren Laden 'Kommune65' in der Buttmanstraße 1a zu besuchen, um uns unseren Nachbar*innen vorzustellen. Als die Fallzahlen drastisch stiegen, haben wir einen kleinen Spaziergang organisiert, bei dem sich Nachbar*innen und Aktivist*innen austauschen konnten. Die Reaktionen hierauf waren sehr positiv, was beweist, dass viele ähnlich wie wir denken. Gemeinsam brechen wir die Vereinzelung auf! ☆

«Wir wollen nicht nur untätig zuschauen!»

Eine Gruppe junger Menschen aus Wedding, die auch politisch ihren Fokus auf ihre Nachbar*innenschaft legen will

Interview: Plumpe Redaktion

Seit wann gibt es euch? Wie habt ihr euch zusammengefunden, welchen gesellschaftlichen Missständen habt ihr den Kampf erklärt?

Wir haben uns im Oktober 2020 gegründet. Wir haben uns über andere politische Jugendgruppen und auch Freundeskreise zusammengefunden – es gab in Bezirken wie Kreuzberg und Friedrichshain bereits mehrere Jugendgruppen, leider bisher keine in unserem Kiez.

Wir möchten politisch interessierte Jugendliche im Kiez zusammenbringen und gemeinsam als Gruppe politische Selbstorganisation gestalten. Wir konzentrieren uns auf Arbeiten im Kiez, wollen Angebote für Jugendliche schaffen, uns zusammen zu Themen informieren, einmischen und der Jugend eine Stimme geben.

Wie sah denn eure Praxis in den letzten Monaten aus? Was habt ihr veranstaltet, wo mitgemischt?

Wir sind noch in der Aufbauphase, weshalb wir uns viel mit unserer politischen Ausrichtung und Organisationsweise beschäftigt haben. Außerdem haben wir uns mit bereits bestehenden Strukturen im Kiez vernetzt und haben zusammen begonnen, erste Projekte zu planen. Momentan arbeiten wir an einer Kiezkarte für Jugendliche und planen eine Kiezralley. Durch die aktuelle Coronasituation ist es leider schwierig, neue Jugendliche zu organisieren. Daher setzen wir momentan auch unseren Fokus auf inhaltliche Social Media Posts und arbeiten an einem Blog. Zu aktuellen Demos laden wir darüber auch für gemeinsame Anreisen aus dem Wedding ein.

In den letzten Jahren sind Mobilisierungen von und für Jugendliche - und junge Erwachsene - inhaltlich immer vielfältiger und erfolgreicher geworden, wovon lebt aus eurer Sicht dieser Trend?

Über die sozialen Medien, welche viele



Jugendliche aktiv nutzen, verbreiten sich schnell wichtige aktuelle Informationen und Aufrufe. Auch unterstützen sie beim Vernetzen und gemeinsamen Aktionsplanungen. Jugendliche spielen dabei eine entscheidende Rolle, da sie die aktuellen Lebensumstände und ihre Zukunft mitgestalten wollen. Wir wollen nicht nur untätig zuschauen, wie Politiker*innen Wirtschaftsinteressen hinterherrennen, statt für eine soziale und gerechte Gesellschaft einzutreten.

Legt ihr euren Fokus auf die politische Arbeit im Wedding? Warum dieser Bezirk? Wie ist hier euer Organisationsansatz?

Bisher liegt der Fokus noch im Wedding, da hier viele migrantische und sozial benachteiligte Jugendliche leben und wir deren Probleme und Bedürfnisse in unsere politische Arbeit einbeziehen. Hier ist unser Lebensumfeld und wir wollen dieses direkt politisch mitgestalten.

Wir sind eine autonome Jugendgruppe, die sich nicht fest ideologisch verordnet, um nicht in starre Muster zu verfallen - wir verstehen uns als eine Organisation von unten, orientieren

uns bei der Arbeit an unseren Grundsätzen: Wir stellen uns gegen jegliche Diskriminierung sowie Ausbeutung und wollen unterdrückende Verhaltensmuster aufbrechen.

Seid ihr offen für neue Mitkämpfende und falls ja, wie oder wo kann man sich euch anschließen?

Ja unbedingt! Wir freuen uns über andere Jugendliche, die Bock haben, sich mit uns zusammen zu organisieren. Ihr könnt uns einfach auf Instagram ([weddinger_jugend](#)) oder per Mail anschreiben (SoJuWedding@systemli.org). Momentan können wir unsere Treffen leider nur online machen, aber hoffentlich treffen wir uns bald wieder in unserem Plenumsraum. ☆



Mit diesen Westen werden ab dem 26.2. auch bei uns im Wedding Unterschriften gesammelt
Foto: DWE

Die Kampagne Deutsche Wohnen und Co. enteignen fordert Immobilienspekulant*innen heraus.

Wir sprachen mit Nina und Nils vom Kiezteam Wedding der Kampagne «Deutsche Wohnen und Co. enteignen» über den Start der nächsten Unterschriftensammlung Ende Februar.

Interview: Plumpe Redaktion

Viele Leute kennen die Kampagne bereits. Was ist seit der letzten Unterschriftensammlung passiert und was steht als nächstes an?

Nina: Seit der letzten Unterschriftensammlung haben wir sehr lange darauf gewartet, dass der Senat die nächste Stufe des Volksbegehrens freigibt. Bei der ersten Stufe mussten wir 20.000 Unterschriften abgeben – abgegeben haben wir etwa 70.000. Jetzt brauchen wir etwa 170.000 und haben vier Monate Zeit. Ab 26.02. beginnt die 2. Stufe: das Volksbegehren. Also 1. Volksinitiative 2. Volksbegehren 3. Volksentscheid.

In der Zwischenzeit haben wir die Kiezteams und die Kampagne aufgebaut. Das ist eine riesige Leistung während Covid-19 gewesen. Nun müs-

sen wir die Kampagne auch in die Außenbezirke tragen, denn während in Neukölln, Kreuzberg oder Wedding die Kampagne schon recht bekannt ist, muss sie das in Reinickendorf, Spandau oder Mahlzahn noch werden. Es reicht auch nicht, dass wir in die Zeitung kommen. Man muss tatsächlich einfach «Klinken putzen». All diese Sachen haben wir im letzten Jahr unter erschwerten Bedingungen gemacht.

Nils: Die lange «Geißel-nahme» hat uns einerseits etwas den Schwung genommen, uns aber auch Zeit gegeben, uns besser zu organisieren. Jetzt sind wir mehr in der Breite organisiert und haben eine gute Basis, um das nächste Ziel zu schaffen. Covid hat für uns auch zwei Seiten. Für einige waren die Online-

Meetings leichter zu erreichen, als nach der Arbeit noch zu einem Treffen quer durch die Stadt zu fahren.

Also wir haben die Zeit gut genutzt und uns nicht von den politischen Ablenkungsmanövern beeinflussen lassen. Das Thema ist ja mit Corona auch noch drängender geworden. Entsprechend organisieren sich auch viele Leute.

Ihr sammelt nicht nur Unterschriften, sondern geht auch zu Mieter*innen. Was macht ihr da?

Nina: Das ist für uns ein Spannungsverhältnis. In der Starthilfe-AG unterstützen wir ja Mieter*innen im Kampf gegen ihre Wohnungsunternehmen und das ist schon ein sehr anderer Kampf als der Volksentscheid. Wir haben auch

einige Mieter*innen in der Kampagne, aber man muss auch ehrlich sagen, da wo Mieter*innen konkret kämpfen, geht es um konkrete Probleme und dann fehlt leider oft die Energie, im eher aktivistischen Spektrum aktiv zu werden.

Was wir jetzt machen ist tatsächlich Klinken putzen, solidarische Orte finden, Bündnispartner*innen, alte Mieter*inneninitiativen abklappern.

Nils: Durch das Klinken putzen können wir oft natürlich bereits vorhandenen Unmut reaktivieren, Leute mobilisieren und Öffentlichkeit schaffen, indem wir auch Material dalassen. Wenn wir dann irgendwo stehen und Unterschriften sammeln oder etwas in der B.Z. zu lesen ist, dann erinnern sich Leute hoffentlich daran, dass wir schonmal da waren, miteinander gesprochen haben. Dann bleibt es nicht so abstrakt, sondern die Kampagne bekommt Gesichter. Es ist uns sehr wichtig, dass die Kampagne in die Breite geht und auch Hoffnung gibt

nach den Jahrzehnten der Privatisierungen von Wohnraum.

Wer darf eigentlich unterschreiben?

Nina: Wir haben dazu die Arbeitsgemeinschaft «Right to the City for all» (engl: Das Recht auf Stadt für alle), in der vor allem diejenigen mitarbeiten, die keinen deutschen Pass und deshalb keine Wahlberechtigung haben. Das sind ja dann auch diejenigen, die der Wohnungsmarkt am härtesten trifft.

Nils: Genau aus diesem Grund müssen wir auch wesentlich mehr Unterschriften sammeln. Also eher 300.000, denn viele werden nicht anerkannt. Das wollen wir auch problematisieren. Wir wollen aber, dass alle bei uns unterschreiben - egal ob sie vom Senat anerkannt werden oder nicht.

Wie können Leute euch in den nächsten Wochen konkret hier im

Wedding unterstützen?

Nina: Alle können sich einbringen! Wir gehen donnerstags regelmäßig plakatieren und Flyer verteilen. Leute können sich melden, wenn sie selbst sammeln möchten, im eigenen Sportverein oder so. Jede*r, der*die sich einbringen möchte, ist willkommen. Meldet euch einfach und dann schauen wir, was passt.

Nils: Einige warten auch noch, dass endlich die Sammelphase losgeht. Wir sind auch schon knapp 70 Leute im Kiezteam und werden hoffentlich auch noch einige mehr. ☆

Info:

kiezteam_wedding@dwenteignen.de
www.dwenteignen.de

KULTUR

In den Händen des Toreros

Von: Asi, Aktivist*in aus dem Wedding

Ihr schaut mich an und denkt, ihr müsstet mich retten, müsstet mich aus meinen Ketten befreien. Ich sehe den mitleidigen Funken in euren Augen und mit jedem Blick, schließt sich ein Kettenglied um meine Brust und schnürt mir den Atem ab.

Ihr denkt, ihr könnt mich befreien von den Lasten meiner selbst.

Wollt mich in eine Streichholzschachtel eures Gedankenguts stecken. Dort bin ich sicher - Das denkt ihr

Doch versteht ihr nicht, dass ihr mein tägliches Gefängnis seid. Bin gefangen in euren Normen und Dogmen. Täglich stehe ich auf der Anklagebank vor eurem Gericht. Meine Verteidigung - Gibt es nicht. Nur einen Kläger. Die Anklageschrift wird verlesen:

«Sie haben auf ihre Rechte verzichtet.»

Ihr seid der Torero und ich das rote Tuch. Der westliche Wertekodex und die Medien zerren mich vor die Augen des Stieres. Ich liege in den Händen des Toreros. Die Hörner des Hasses, sehe ich auf mich zu rasen. Ausgeliefert.

Ein Tuch welches über meinem Haar und meinen Schultern liegt, wiegt mehr als Ihr erwartet. Doch nicht der Grund, weshalb ich es trage, lässt es so schwer werden. Die Menschen hängen sich daran. Sie Zerren daran.

Mit der Überschrift der Hilfe und des Schutzes meiner Rechte, nehmt Ihr sie mir.

Ihr habt eine Ausrede.

Ihr sagt, ihr wollt mich schützen! Ihr sagt, Manchmal muss man Menschen zu ihrem Glück zwingen.

Doch eigentlich, sagt ihr nichts. Ihr schweigt mich bloß an mit eurem mitleidigen und manchmal hasserfüllten blicken.

Ihr kämpft scheinbar für die Freiheit der Frau und nennt das Feminismus, was eigentlich Rassismus heißt. Ich sage: «Ich bin Feministin!», doch ihr glaubt mir nicht. Denn das was ihr seht ist nur mein äußeres, und es passt nicht in die Normen, die ihr euch für mich ausgemalt habt.

Ich bin nicht das rote Tuch, vor euren Augen, welches Ihr versucht zu verstecken.



Die Hertha Kneipe
Alt-Wedding an der
Kameruner Straße,
Ecke Guinea Straße.
Foto: Redaktion

Hertha-Fans retten Eckkneipen

Interview mit der Aktion Hertha-Kneipe

Von: Plumpe Redaktion

Im letzten Jahr machte eine von Hertha-Fans eigens initiierte Aktion Schlagzeilen: Die Aktion Hertha-Kneipe. Ziel ist es, Hertha-Eckkneipen im Kiez durch die Pandemie-Zeit und somit durch die verschärfte Wirtschaftskrise zu retten. Gesamteilt wurde bisher fleißig und die Aktion hat es zum Jahresende sogar auf die Trikot-Werbung von Hertha geschafft

Warum hat die Aktion so gut eingeschlagen – was waren die Voraussetzungen dafür?

Dafür waren wahrscheinlich mehrere Faktoren ausschlaggebend. Zum einen war das Zusammengehörigkeitsgefühl zu Beginn der Pandemie sehr stark. Jeder kannte Leute, die durch die Entwicklungen arbeitslos oder zumindest in Kurzarbeit geschickt wurden. Viele Läden mussten schließen – darunter eben auch die Lieblings(Hertha)kneipe. Der Wille zu helfen war sehr groß. Grundsätzlich muss man sagen, dass viele Fußballfans eine ausgeprägte soziale Ader haben.

Darüber hinaus haben wir mit unserer virtuellen Kneipe einen Nerv getroffen. Die Leute saßen ununterbrochen zu Hause, waren oftmals isoliert. (Und

am Wochenende hat der Stadionbesuch mit Freunden, das Bier in der Kneipe gefehlt. Durch unsere Aktion kamen wir trotzdem zusammen, haben bekannte Freundschaften gepflegt und neue geschlossen.)

Habt ihr direkt von Kneipen mitbekommen, die auf Grund der ausbleibenden Einnahmen schließen mussten?

Nein. Bei vielen unserer Kneipen war es sehr eng und sie hätten es ohne Hilfe und die dann erfolgten Lockerungen wohl nicht geschafft, aber zum jetzigen Zeitpunkt sind alle zehn von uns unterstützten Kneipen offen.

Euer letzter virtueller Stammtisch liegt nicht so lange zurück, das Projekt hat mit dem 128. Geburtstag von Hertha BSC geendet. Was bleibt von den in so kurzer Zeit gewachsenen Solidaritätsstrukturen und was lässt sich davon mitnehmen?

Wir haben wahrgenommen, dass sich viele diesen regelmäßigen Austausch wünschen. Der virtuelle Kontakt ersetzt natürlich nicht den persönlichen, aber er kann auch in «Normalzeiten» eine

sinnvolle Ergänzung sein, die gerade von vielen Exil-Herthanern rund um die Welt gerne wahrgenommen wird. Was die Solidaritätsstrukturen angeht, so denken wir, dass diese vorher bei vielen schon sehr ausgeprägt waren. Wir haben das auch genutzt, um beim virtuellen reinfieren in Herthas 128. Geburtstag Geld für den Kinderschutzbund zu sammeln. (Es gibt noch keine konkreten Pläne, aber wir können uns alle sehr gut vorstellen, unsere Energie, Reichweite und die gewachsene Struktur auch in Zukunft für wohltätige Zwecke einzusetzen.)

Was hat für euch als Initiator*innen die Aktion am deutlichsten gezeigt?

Für die Gewissheit, dass wir eine sehr diverse Fanszene haben, die engagiert und immer hilfsbereit ist. Die nicht den Kopf in den Sand steckt, sondern nach Lösungen für sich und vor allem auch für andere sucht und diese dann auch umsetzt. (Und wer weiß, vielleicht mag die Tatsache, dass man als Herthafan durch jahrelange Skandale und Misserfolge sehr leiderprobt ist. ja auch ein wenig mit reinspielen.) ☆

Frauen*streik in Mexiko und hier

Bericht vom internationalistischen Abend im Kiezhaus digital

Von: Frauen*streik Wedding

Blick zurück. Am 9. März 2020 streiken 22 Mio. Frauen* in Mexiko. Zuhause oder am Arbeitsplatz weigern sie sich, weiterzumachen, während jeden Tag 12 von ihnen ermordet werden. Die Arbeitsniederlegung, die an diesem Tag zum Einbruch der mexikanischen Wirtschaft um 50% führte, zeigt die Stärke der feministischen Bewegung. Eine Bewegung, die das Gebäude der Menschenrechtskommission in Mexiko-Stadt besetzt und zum Zufluchtsort für Opfer sexueller Gewalt macht und die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen im Bundesstaat Oaxaca durchgesetzt hat.

Streik als feministische Waffe

Als Frauen*streik Wedding wollen wir als Ableger des Frauen*streikbündnisses auch hier den Streik zur Waffe feministischer Kämpfe machen und ihn mit Frauen*streiks weltweit verbinden. Dazu veranstalten wir regelmäßig internationalistische Abende, wie den am 29.1. zum Frauen*streik in Mexiko. Oberflächlich betrachtet gibt es große Unterschiede zwischen beiden Ländern. In Deutschland leben 19% in Armut, in Mexiko doppelt so viele. In Mexiko verdienen Frauen* 46% weniger als Männer mit gleichem Berufsabschluss, in Deutschland sind es halb so viel. In Mexiko gibt es täglich 12 Frauen*morde, hier an jedem dritten Tag einen. Doch was sich zeigt, ist, ob hier oder dort, Frauen* arbeiten mehr, verdienen weniger, stehen häufig in Abhängigkeitsverhältnissen zu Männern und können aufgrund ihres Geschlechts ermordet werden. Diese Verhältnisse sind nicht naturgegeben, sondern entspringen einem System, das auf der unentlohnten Haus- und Sorgearbeit und schlecht bezahlter Lohnarbeit von Frauen* basiert und dabei ihre Körper sexualisiert, entwertet und ausbeutet.

Während es hier manchen leicht fällt, das Patriarchat auszublenden, weil es vermeintlich woanders schlimmer sei, zeigt sich an Mexiko, dass ein globalisierter Kapitalismus gemeinsam



Gedenkdemonstration für die 2020 ermordete feministische Aktivistin Isabel Cabanillas de la Torre in Juárez (Nordmexiko), Foto: Favia Lucero / YoCiudadano

einen Angriff auf das Leben von Frauen* übt. Koloniale Raubzüge und eine extreme Privatisierungswelle der 90er ermöglichten erst das Entstehen eines korrupten Staats, an dem noch heute westliche Firmen verdienen. Raubbau an der Natur durch europäische Kapitalisten führen zur Vertreibung Indigener und Ausbeutung in Minen, während Waffenlieferungen vom deutschen Hersteller Heckler&Koch sicherstellen sollen, dass das auch so bleibt. Die Unmenschlichkeit dieser Verhältnisse zeigt sich in einer verstärkten Gewalt gegen Frauen*.

An unserem internationalistischen Abend berichteten uns mehrere Aktivist*innen nicht nur von dem Ausmaß patriarchaler Gewalt, sondern machten auf beeindruckende Weise deutlich, wie vielseitig, entschlossen und, im Vergleich zu hier, massenhaft der Widerstand dagegen ist. Für den Aufbau einer Streikbewegung in Deutschland gilt es, globale Zusammenhänge zu erkennen und das Patriarchat nicht nur in der Beziehung zu Männern

zu begreifen, sondern auch in der zu Ökonomie und Staat.

Internationalistisch heißt für uns, Verantwortung zu übernehmen, koloniale Strukturen aufzubrechen und globale Solidarität zu leben. Es heißt auch, die Impulse feministischer Bewegungen des globalen Südens ernst zu nehmen, von ihnen zu lernen und sie zu nutzen, um Druck auszuüben auf die Profiteure dieser Weltordnung. Wir wollen raus – gegen Patriarchat, Staat und Kapital!

Nachträglich zu sehen ist die Veranstaltung auf dem Youtube-Kanal «Frauen*streik Wedding» ☆



1 Berliner Mieter Gemeinschaft e.V.

Wiesenstraße 30, 13357
 Beratung derzeit nur nach telefonischer Terminabsprache

2 Bastal Die Erwerbsloseninitiative

Schererstr. 8, 13347
 Beratung auf Englisch, Italienisch, Deutsch, Spanisch, Rumänisch am Di. 14-17 Uhr | auf Englisch, Deutsch, Serbo-Kroatisch am Mi. 10-13 Uhr

3 EOTO e.V.

Togosstraße, 76, 13351
 Beratung für schwarze Menschen in Diskriminierungsfällen
 Terminvereinbarung unter: eachone@

ecto-archiv.de | Tel. 030 983224177 |
 Mi. 11-13 Uhr | Fr. 15-17 Uhr

4 Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union Berlin

Grüntaler Straße 24, 13357
Infoveranstaltungen Jeden 1. Fr. im Monat, 19 Uhr. | Offenes FAU-Lokal: Immer Fr. von 17-20 Uhr | **Gewerkschaftliche Beratung** Jeden 2. & 4. Fr. von 17-18 Uhr. **Anmeldungen** vorab per Mail an faub-beratung@fau.org | **MieterInnenberatung** Jeden 4. Mo. im Monat, 18-19 Uhr (in Kooperation mit Rechtsanwältin Carola Handweg)

Offene Beratung für Kollektivbetriebe
 Siehe die Beratungs-Seite der union coop // föderation.

5 Berliner Obdachlosenhilfe e.V.

Lynarstraße 38, 13353
 Festnetz: 030 51304896
 (Mi. und Sa. von 13-17:30 Uhr)
 Mobil: 0176 61102021
 (Mo. - Fr. von 11-18 Uhr)

6 Interbrigadas e.V.

Genet Straße 60, 13353
 info@interbrigadas.org

7 Kiezhaus Agnes Reinhold

Sozialberatung j.d. Do. 15-18 Uhr,
 Sprachcafé j.d. Mi. 17-19:30 Uhr,
 Kiezküche j.d. Di. 18-21 Uhr
Afrikanische Straße 74, 13351
 www.kiezhaus.org

8 Nachbarschaftsladen Kommune 65

Buttmannstraße 1a, 13357
 Offenes Café | Frauen* Café
 Nachbarschaftstreff: Fr. 14 Uhr - 18 Uhr
 www.kiezkommune.org

ReachOut

Beusselstr. 35, 10553
 Anlaufstelle und Opferberatung
 Erstkontakt per Tel. 030 69568339
 Mail: info@reachoutberlin.de
 Mo. - Fr. 10-17 Uhr

Register Berlin Mitte

zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Berlin

Anlaufstellen: NARUD e.V.

Genet Str. 7, 13353 Berlin
Wendepunkt GmbH
 Gottschiedstr. 4, 13353 Berlin

9 Demokratie in der Mitte / Vor-Ort-Büro

Fabrik Osloer Strasse e.V.
Losensprojekt «Die Brücke» e.V.
 Hochstädter Straße 16

10 Groni50

Groninger Str. 50, 13347
 Küche für Alle (Küfa) jeden 2. Mo. im Monat

11 Café Craie Frauen* Kneipenkollektiv

Hochstädter Straße 10 A, 13347
 Jeden Montag, Lesetresen
 Jeden 3. Mi. im Monat, Ende Gelände
 Tresen | Jeden 1. Do. im Monat
 Hände weg vom Wedding Tresen